

Planungsbericht über Perspektiven und Konsolidierung der Kantonsfinanzen (KP 17)

Mit voller Wucht haben die Sparmassnahmen, die die Regierung im März beim Posten Staatspersonal bekanntgegeben hat, eingeschlagen:

- Besondere Sozialzulage streichen
- Dienstaltersgeschenk (DAG) vollständig streichen
- Wöchentliche Arbeitszeiterhöhung um ca. 1,25 Stunden
- Wegfall von drei bisher besoldeten Frei-/Feiertagen dafür eine 5. Ferienwoche für alle bis und mit Alter 59

Liebe Mitglieder des Lspv Sehr geehrte Damen und Herren

Mit dieser Lspv-Spar-Info zum KP 17 halten wir Sie über Verhandlungen mit dem Arbeitgeber und unsere Arbeit auf dem Laufenden. Mit der Medienmitteilung nach der Papeko-Verhandlung im April haben wir die Öffentlichkeit über den Abbau der über viele Jahre erkämpften Arbeitsbedingungen des Staatspersonals erreicht. In diesem Zusammenhang haben vor allem die Medien immer wieder gefragt, ob unsere Mitglieder «streiken» werden. Diese Frage können wir nicht abschliessend beantworten, die Möglichkeit als letztes Mittel schliessen wir aber nicht aus.

Der Planungsbericht wird in der Junisession im Kantonsrat beraten. Um doch noch eine Kompromisslösung zu ermöglichen, führt der Lspv-Vorstand intensive Gespräche mit den Parteien und Verbänden. Aufgrund der politischen Mehrheiten sind wir namentlich mit den bürgerlichen Parteien in einen verstärkten Dialog getreten. Sowohl die CVP als auch die FDP scheinen ihre staatspolitische Verantwortung zu erkennen; auch in den Reihen der SVP wird da und dort gemunkelt, dass Sparmassnahmen, wie sie jetzt serviert werden, in der privaten Wirtschaft kaum denkbar seien oder zumindest nicht einer weitsichtigen Personalpolitik entsprechen. Damit ein Konsens möglich ist, sind indes minimalste Zugeständnisse respektive Korrekturen zu Gunsten des Personals unerlässlich. Denn letztendlich können wir den «gordischen Finanzknoten» nur gemeinsam lösen.

Die Zielsetzung muss deshalb darin bestehen, einerseits die Arbeitsbedingungen für das Personal nicht stetig und langfristig zu beeinträchtigen (keine dauernde Schlechterstellung) und andererseits die Finanzlage im Kanton Luzern nachhaltig wieder ins Lot zu bringen. Dies bedingt ein Konsolidierungsprogramm, das als Paket von allen – wenn auch zähneknirschend – mitgetragen wird.

Wir haben bereits in der vorgenannten Medienmitteilung unsere Minimalforderung formuliert: «keine vorbehaltlose und unbefristete Erhöhung der Arbeitszeit ohne jegliche kompensatorischen Massnahmen».

Die Lösung heisst für uns, die erhöhte Arbeitszeit zu befristen und eine hinnehmbare Ausgestaltung (Verrechnung mit Nachmittagspausen) zu realisieren. Bleibt unser Gegenüber beharrlich, kommt das «letzte Mittel» wieder auf den Tisch. Ob und wann der Zeitpunkt für Protestaktionen und der Aufruf zur Opposition gegen den Arbeitgeber gekommen ist, sagen uns unsere Mitglieder. Einige Rückmeldungen haben wir bereits erhalten. Wir wollen aber ein breiter abgestütztes Bild und haben am Schluss dieser Spar-Info einige Kernfragen aufgegriffen. Es freut uns sehr, wenn Sie die Fragen noch heute beantworten und an die Geschäftsstelle zurücksenden.

Bleibt zu wiederholen: Effizienzsteigerungen und die Optimierung von Entwicklungsprozessen sind für das Staatspersonal Dauerauftrag und eine Selbstverständlichkeit. Damit die gewonnene Effizienz aber nicht in Schludrigkeit verfällt und der Kanton seine gesetzlich statuierten Aufträge weiterhin wahrnehmen kann, braucht es Ressourcen, und zwar auch finanzielle. Dies wiederum sollte den politischen Entscheidungsträgern klar sein.

Ich danke Ihnen herzlich für Ihre Mitarbeit und den täglichen Einsatz für unseren Kanton Luzern.

Raphael Kottmann, Präsident

Lang erkämpfte gute Arbeitsbedingungen auf der Kippe

So wie der Lspv in den letzten 100 Jahren für gute Anstellungsbedingungen gekämpft hat, so beharrlich wehrt er sich gegen den nun vorgesehenen Abbau.

Das Staatspersonal leistet Jahr für Jahr Sparbeiträge, aber diese im Planungsbericht zum KP 17 zusammengetragenen Sparmassnahmen sind unverhältnismässig hoch ausgefallen, obwohl im Kanton Luzern nicht die höchsten Löhne bezahlt werden und die 42-Stunden-Woche kein Trumpf im Vergleich mit anderen Betrieben ist. Wir haben von Anfang an bei der Diskussion um die Sparmassnahmen aufgezeigt, dass mit der Streichung der besonderen Sozialzulage sowie dem Wegfall von staatlichen Leistungen ein Stellenabbau (insbesondere auch von Klein- und Kleinstpensen) einhergeht und der Arbeitgeber Kanton Luzern seine Familienfreundlichkeit verliert. Der Wegfall des seit der letzten Kürzung noch übrig gebliebenen Dienstaltersgeschenkes schmerzt besonders die langjährigen Mitarbeitenden nochmals. Sie spüren die volle Wucht der Sparmassnahmen. Durch den Wegfall des DAG, das bisher auch als Trostpflaster diente, um damit den oft nicht mehr marktgerechten Lohn etwas wettzumachen, werden voraussichtlich gesuchte Fachleute einem anderen Unternehmen den Vorzug geben und sich nicht beim Kanton anstellen lassen, dessen Besoldung eher im hinteren Teil des schweizerischen Durchschnitts liegt. Auch die Tatsache, dass das Staatspersonal die beiden freien Halbtage vom 24. und 31. Dezember mit dem Wegfall des um eine Stunde früheren Arbeitsschlusses vor Feiertagen vor Jahren «selbst bezahlt hat», zählt heute nicht mehr.

Wir haben aber nicht nur diskutiert, sondern z. B. auch Vorschläge gemacht zum Wegfall von Dienstaltersgeschenk/Ferienanspruch und zur Erhöhung der Arbeitszeit. An der paritätisch zusammengesetzten Personalkommissionssitzung (Papeko) mit dem Finanzdirektor, den Departementssekretären und dem Leiter der DS Personal konnten wir jedoch immerhin feststellen, dass die Sparmassnahmen überprüft und im Sinne der Einwände doch etwas reduziert worden sind:

Wegfall von drei Frei-/Feiertagen dafür 5. Ferienwoche bis Alter 59:

Bei Anspruchsberechtigten mit 30 Arbeitstagen (Gruppe der Mitarbeitenden ab Alter 60) wird der bisherige Ferienanspruch nun nicht mehr um diese drei Tage geschmälert. Sie erhalten aber auch keine zusätzliche Ferienwoche und somit auch die zwei Tage, die die jüngeren Mitarbeitenden vom Arbeitgeber an die 5. Ferienwoche erhalten, nicht.

Erhöhung wöchentliche Arbeitszeit auf 43,25 Std.:

Der Finanzdirektor hat an der Papeko zugesichert, diesen Vorschlag in die Regierung mitzunehmen: Verzicht der Mitarbeitenden auf die bisher bezahlten Nachmittagspausen (15 Minuten/Tag = 5 x 15 Min. = 1¼ Stunden = 1,25 Std/Woche) und diese mit der vorgesehenen Arbeitszeiterhöhung zu verrechnen. Hier bitten wir um Ihre Meinung (siehe Antwortkarte).

Wegfall besondere Sozialzulage:

Nicht mehr auf der Liste der Sparmassnahmen. Wir danken für diese Streichung. Familien mit Kindern wären ungerecht hart getroffen worden.

Wegfall Dienstaltersgeschenk (DAG):

An der Abschaffung des Dienstaltersgeschenkes hält der Regierungsrat fest. Hier konnten wir leider bisher nichts erreichen, obwohl beim Staatspersonal die Einsparung gering ist, da die Dienstaltersgeschenke in der Regel als Ferien bezogen werden. Im Gegensatz zu den Lehrpersonen an den Volksschulen, für die beim DAG-Bezug während der Schulzeit Stellvertretungskosten von ca. Fr. 1,8 Mio./Schuljahr für den Arbeitgeber anfallen.

Sollte der Eindruck entstanden sein, dass sich der Lspv nicht rechtzeitig gegen die Abbaupläne der Regierung zur Wehr gesetzt hat, liegt dies daran, dass sich der Lspv an Sperrzeiten hält. Dies war auch beim Planungsbericht KP 17 der Fall. Wir nehmen die Rückmeldungen aber ernst und bitten Sie, für die weitere Bearbeitung des KP 17 die Richtung mitzubestimmen (siehe Antwortkarte).

Herzlichen Dank für die rasche Antwort und freundlichen Gruss.

*Für den Vorstand:
Helga Christina Stalder, Geschäftsführerin*